

Waldorfschule darf nach Gottenheim

Gemeinderat stimmt für den Bebauungsplan / Bürger geben vor der Sitzung ihren Ängsten und Hoffnungen Ausdruck

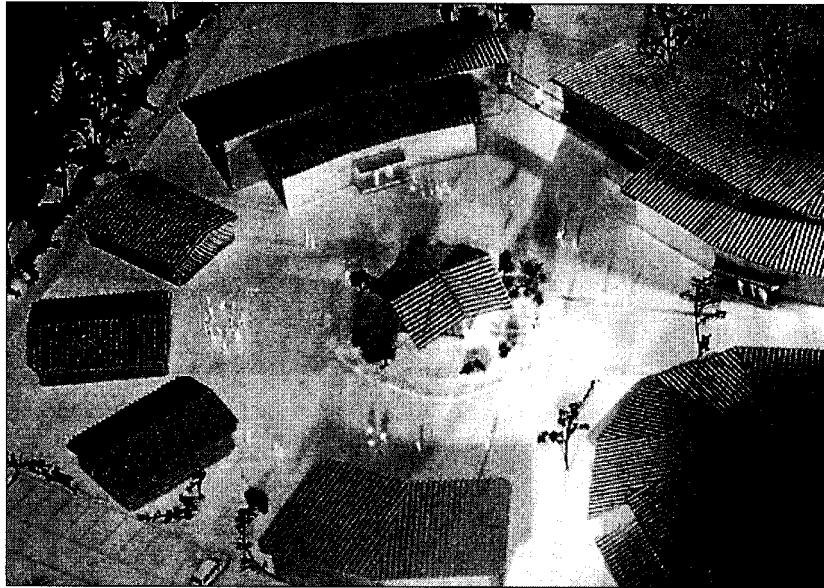
B7 23.03.2006

GOTTENHEIM (mir). Der Gottenheimer Gemeinderat hat sich für die Ansiedlung einer Freien Waldorfschule entschieden. Nach reger Diskussion – zunächst im Rahmen eines Bürgerforums und anschließend in öffentlicher Gemeinderatssitzung – stimmten neun von elf Räten für die Aufstellung des so genannten vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Waldorfschule".

Wie bereits mehrfach berichtet möchte die Freie Waldorfschule „Kirchstraße“ von Merzhausen nach Gottenheim umsiedeln, da das Platzangebot am bisherigen Standort zu beengt ist. Hier soll nördlich des Bahnhofs, an der Straße nach Bötzingen, schrittweise ein Zentrum für bis zu 400 Schülerinnen und Schüler entstehen – mit Schulgebäuden, Werkräumen, einem Kinderhort und einer Küche sowie einer Mehrzweckhalle entstehen. Noch immer sind jedoch nicht alle Grundstücksbesitzer in dem betreffenden Gebiet bereit, ihre Flächen herzugeben.

Nachdem der Gottenheimer Gemeinderat bereit mehrfach über dieses Thema beraten hatte, und auch die Gottenheimerinnen und Gottenheimer im Rahmen einer Bürgerversammlung die Gelegenheit erhalten hatten, sich ein Bild über das geplante Vorhaben zu machen, trat der Gemeinderat am Dienstagabend im Feuerwehrhaus zusammen, um eine Entscheidung zu treffen. Bevor Bürgermeister Alfred Schwenninger jedoch die öffentliche Gemeinderatssitzung eröffnete, erhielten die Bürger noch einmal die Gelegenheit mit den Verantwortlichen zu diskutieren und viele nahmen das Angebot an.

Dass der Entschluss für oder gegen die Ansiedlung der Einrichtung, die sich an den Gedanken des Anthroposophen Rudolf Steiner orientiert, eine wichtige Entscheidung für die künftige Entwicklung der Gemeinde ist, zeigte sich in der Diskussion, die nicht immer frei von



Wie hier im Modell soll die Gottenheimer Waldorfschule einmal aussehen. Der Gemeinderat stimmte jetzt dem Bebauungsplan zu. FOTO: PRIVAT

Emotionen war. So äußerten die Gegner der Waldorfschule ihre Befürchtungen, die Einrichtung würde den Kindern eine bestimmte Weltanschauung aufzwingen – eine Behauptung, die in den vergangenen Wochen per Rundschreiben im Dorf verbreitet wurde. Dem trat der Rektor der evangelischen Fachhochschule Freiburg, Professor Joachim Walter, entgegen. Der Gottenheimer, der selber zwei Töchter in einer Freien Waldorfschule hat, hob besonders den wertneutralen Unterricht hervor, in dem die Kinder eine eigene Lernmotivation entwickelten und frei von Schulangst wären.

Andere Diskussionsteilnehmer äußerten sich skeptisch darüber, dass die Schule nur Kinder reicher Eltern aufnehmen würde, ein Vorwurf, den die Vertreter der Merzhausener Waldorfschule von sich wiesen: Vielmehr würde für jedes Kind – je nach sozialer Situation – ein passender Beitragssatz ermittelt.

Neben diesen, eher ideologisch geprägten Gedanken ging es dann um die

konkreten Vor- und Nachteile, die sich durch die Ansiedlung für Gottenheim ergeben könnten. „Die Waldorfschule bringt ein weiteres Profil für Gottenheim“, erklärte Bürgermeister Schwenninger. Er sieht die Schule als einen weiteren positiven Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen in der Gemeinde. Ein Teil der Zuhörer sprach von einem „einmaligen Bildungsangebot für die Kinder“, andere waren sich sicher: „Die Schule bringt den Gottenheimern gar nichts“.

Gedanken machten sich die Bürgerinnen und Bürger auch über die Zukunft der Gottenheimer Hauptschule, die in Konkurrenz zur Waldorfschule unter die benötigten Schülerzahlen gelangen könnte – mit dem Ergebnis, dass die Klassenstufen fünf und sechs wegfallen müssten. Eine Gottenheimer Bürgerin drohte gar mit einem Bürgerbegehren, sollten sich die Mitglieder des Gemeinderats für den Bebauungsplan „Waldorfschule“ entscheiden.

In der anschließenden Sitzung des Gemeinderates sprach sich die Mehrheit des Gremiums für die Schule als „eine Bereicherung für Gottenheim“ aus. Lediglich Lioba Himmelsbach (Frauenliste) und Harald Schönberger (Freie Bürgerliste) sprachen sich gegen das Vorhaben aus. Lioba Himmelsbach kritisierte vor allem, dass die mögliche Erweiterungsfläche des Gebietes nicht gleichzeitig mit ausgewiesen werde. Sie sieht darin einen „Trick, um den Widerstand der Eigentümer zu brechen“, denn wenn die Schule erst einmal bestehen würde, wäre es für die verbleibenden Anrainer ungleich schwerer, sich dagegen zu stellen.

Schwere Vorwürfe gegen den Bürgermeister

Schwere Vorwürfe gegen den Bürgermeister erhob Harald Schönberger. Schwenninger bearbeite die Grundstückseigentümer durch „Täuschen, Tarnen und Tricksen“. Mit vorgefertigten Vollmachten versuche er „die Bürger massiv unter Druck zu setzen“. Obendrein betätige er sich „als Grundstücksmakler“, der durch Abmachungen unter der Hand manchen Eigentümern Sonderkonditionen einräume. Schwenninger wies die Anschuldigungen weit von sich und erklärte, er habe vielmehr jedem Besitzer ein gleich lautendes Angebot zukommen lassen. „Ich habe Verständnis, wenn jemand nichtverkaufen will und versuche dann eben eine andere Lösung zu finden“, rechtfertigte er seine Vorgehensweise.

Kein Verständnis hatten die übrigen Ratsmitglieder für die Vorwürfe gegen den Bürgermeister. In der anschließenden Abstimmung votierten neun für und zwei gegen den Bebauungsplan. Walter Rambach (Freie Wählergemeinschaft) nahm als Befangener (und nicht verkaufsbereiter) Grundstückseigentümer nicht an der Sitzung teil. Jetzt geht es in das Bebauungsplanverfahren und in die **Bürgerbeteiligung**.